

NEWSLETTER SPD SCHWEINFURT

ARTIKEL IN DIESER AUSGABE:

Welche Wahl haben wir eigentlich? - 2
SPD Bund - 5
Demokratie im Ausverkauf - 7
Das Ankerzentrum muss weg - 8
Glosse - 9
Termine - 10



Editorial

WÄHLEN GEHEN!

Bundestagswahl 2025

Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem nun die erste Ausgabe unseres Newsletters erschienen ist und von der Leserschaft äußerst gnädig aufgenommen wurde, haben wir uns entschieden, zum nahenden Wahltermin, eine Sondernummer des Newsletters zu bringen.

Es ist ja nicht verkehrt, sich vor der Wahl noch ein paar Gedanken zu machen.

Ihr Redaktionsteam

Kathi Petersen, Marianne Prowald, Maria Charlotte Wolf
und Robert Grünewald

Newsletter@spd-schweinfurt.de

WELCHE WAHL HABEN WIR EIGENTLICH?

Text: Robert Grünewald, Foto: Getty Images

Vor jeder Bundestagswahl kann man immer wieder lesen und hören, dass es eine Schicksals-, Richtungs- oder auch eine historische Wahl sein wird, vor der wir da stehen. So auch in diesem Jahr. Man mag dem zustimmen oder auch nicht, die Tatsache bleibt bestehen, dass wir nun die Wahl haben. Aber welche Wahl haben wir da eigentlich? Worin besteht unsere Wahl und zwischen was können wir eigentlich wählen?

Schaut man sich an, was CDU/CSU im Angebot haben, dann bringen die es schön auf den Punkt: *“CDU und CSU wollen den Politikwechsel für Deutschland. Wir arbeiten für ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können.”* CDU/CSU können im Moment also leider nicht stolz auf Deutschland sein und brauchen, um es wieder sein zu können, einen Politikwechsel.

Also gut, dann schauen wir uns doch den angestrebten Politikwechsel mal an:

Einkommensteuer:

“Wir entlasten vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Dafür passen wir den Einkommensteuertarif an.”

Das hört sich doch erst einmal sehr gut an, wenn man “vor allem” Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten will. Das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, hat hier mal nachgerechnet. Ausgehend vom Median-Einkommen in Deutschland, was bei ca. 44.000 Euro liegt, beträgt die Entlastung durch die Pläne der Union 1,1%. Das ist doch schon mal ganz nett.

Wie schaut es denn bei niedrigen Einkommen aus, die ja auch und zudem noch “vor allem” entlastet werden müssen, damit CDU/CSU wieder stolz auf Deutschland sein können? Wenn das Einkommen zwischen 30.001 und 40.000 Euro liegt, dann beträgt die Entlastung nur noch 0,6%, bei einem Einkommen zwischen 20.000 und 30.000 Euro bekommt man durch die Union eine Entlastung von satten 0,3%. Liegt man indes mit dem Einkommen über dem mittleren Einkommen, dann springt die Entlastung spürbar nach oben. Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, also zum Beispiel 100.000 Euro oder mehr an Einkommen haben, dann entlastet Sie die Union mit 3-5%! Je mehr Sie haben, desto mehr werden sie entlastet.

Wo da jetzt die kleinen und mittleren Einkommen so vorzugswürdig bedacht werden, konnte ich jetzt nicht erkennen. Für einkommensstarke Menschen hingegen, bietet die Union durchaus etwas.

Lohnnebenkosten:

“Unser Ziel für die Sozialversicherungsbeiträge: Wir wollen uns wieder auf die 40 Prozent hinbewegen.”

Auch das hört sich im ersten Moment ja nicht verkehrt an. Wenn wir alle weniger Beiträge zahlen, haben wir doch mehr netto für uns übrig. Zudem müssten Arbeitgeber auch nicht mehr so viel zahlen, was ja auch nicht verkehrt wäre, weil, wie wir hören, ja die Lohnnebenkosten in Deutschland so viel teurer sind, als in anderen Ländern auf der Welt.

WELCHE WAHL HABEN WIR EIGENTLICH?

Text: Robert Grünewald, Foto: Getty Images

Aber auch hier lohnt sich ein genauerer Blick auf die Materie. Wenn wir alle Beiträge zusammenrechnen, dann kommen wir seit 2025 auf einen Gesamtbeitrag von 41,9%. Hier möchte sich die Union nun "auf 40% hinbewegen", was das nun konkret auch immer bedeuten mag.

Tatsache ist, dass ein "hinbewegen" auf 40% bedeutet, dass man die Beiträge um bis zu 1,9% senken müsste.

Nun gibt es dazu ja verschiedene Möglichkeiten. Man könnte sagen, dass sich Arbeitgeber künftig weniger an den Beiträgen beteiligen. Das würde bedeuten, dass Arbeitnehmer dann mehr bezahlen müssten, weniger Geld in der Tasche hätten und sicherlich nicht ent- sondern belastet werden würden.

Wenn man das nicht möchte, könnte man auch sagen, dass die Beiträge abgesenkt werden und die Leistungen aus den Sozialversicherungen reduziert. Das würde dann bedeuten, dass die Versicherten nun Leistungen aus eigener Tasche zahlen müssten, die bisher kostenlos waren. Es könnte auch bedeuten, dass man weitere private Zusatzversicherungen abschließen muss, um die gleichen Leistungen zu erhalten. Wie dem auch sei, die Versicherten bekommen entweder weniger Leistung oder sie zahlen dafür.

Das sind die Konsequenzen, wenn man sich auf einen Gesamtbeitrag von 40% hinbewegen möchte.

Überstundenzuschläge

"Wir stellen Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit steuerfrei. Wer freiwillig mehr arbeiten will, soll mehr Netto vom Brutto haben."

Etwas steuerfrei zu bekommen, ist natürlich immer gut. Die Frage ist nur, wer bekommt denn eigentlich diese Überstundenzuschläge?

Das Statistische Bundesamt sagt, dass 2023 lediglich 17% der angefallenen Überstunden vergütet wurden. Bei allen anderen wurden die Überstunden entweder gar nicht vergütet oder wurden auf Stundenkonten gesammelt.

Aber selbst bei 17% der Personen, die eine Vergütung ihrer geleisteten Überstunden erhielten, ist nicht gesagt, dass sie auch einen Überstundenzuschlag erhalten haben. Dieser ist nämlich gesetzlich nicht vorgeschrieben. Zudem sind in den 17% auch Teilzeitbeschäftigte erfasst, denen die Union allerdings keinen steuerfreien Überstundenzuschlag zubilligen möchte, denn es ist ja explizit von "Vollzeitarbeit" die Rede.

Das Fazit ist also, dass nur sehr wenige Menschen überhaupt in den Genuss dieser Steuerbefreiung kommen werden. Zudem hat die Union nicht erwähnt, ob auch keine Beiträge zur Sozialversicherung anfallen, wenn man Überstundenzuschläge erhält. Es ist ja eine Sache, ob etwas steuerfrei ist, aber eine andere, ob es auch beitragsfrei in der Sozialversicherung ist.

WELCHE WAHL HABEN WIR EIGENTLICH

Text: Robert Grünewald, Foto: Getty Images

Ich habe jetzt nur einmal drei Beispiele aus dem Wahlprogramm der Union herausgegriffen, die zunächst ganz gut klingen, bei näherer Betrachtung aber gar nicht mehr so gut sind, wenn man nun nicht zu den sehr einkommensstarken Menschen in Deutschland gehört.

Man hört bisweilen ja immer den Vorwurf, dass die SPD "die kleinen Leute" vergessen würde. Schaut man sich jedoch die o.g. Studie des ZEW der Parteiprogramme an, so sieht man im Falle des SPD-Programms, dass die größte Entlastung mit 3,1% bei einem Einkommen zwischen 20.001 und 30.000 Euro liegt und dann langsam absinkt. Wichtiger aber noch ist, dass Einkommen im Bereich zwischen 250.001 und 2 Mio. Euro um 3,4% belastet werden. Also, kleine und mittlere Einkommen werden bei der SPD entlastet und höchste Einkommen werden belastet. Das ist soziale Steuerpolitik!

Dass die SPD "die kleinen Leute" nicht vergessen hat, kann man auch daran



erkennen, dass es die SPD war, die gegen alle Widerstände den Mindestlohn eingeführt hat und ihn in der letzten Legislaturperiode erhöht hat. Zudem folgt die SPD der EU-Mindestlohnrichtlinie, die besagt, dass der Mindestlohn so bemessen sein sollte, dass er 60% des Medianlohns beträgt. Das wäre für Deutschland dann erreicht, wenn der Mindestlohn bei ca. 15 Euro pro Stunde liegen würde.

Man kann sich bei der Wahl also entscheiden, ob man Besserverdiener entlasten will und gleichzeitig selber mehr Beiträge für die Sozialversicherung bzw. private Versicherungen zahlen will.

Dann würde man aber in den allermeisten Fällen gegen die eigenen Interessen handeln.

Man kann sich aber auch für eine echte Sozialpolitik entscheiden, die die Mehrheit entlastet und Menschen mit hohen und höchsten Einkommen etwas stärker in die Pflicht nimmt.

Der Vorwurf, dass die SPD "die kleinen Leute" vergessen hätte, stimmt jedenfalls ganz sicher nicht! Was die Union angeht, so wäre der Vorwurf wohl eher zutreffend.

"Denn wünsch ick Sie ooch ne vajniechte Wahl! Halten Sie die Fahne hoch!" Kurt Tucholsky

SPD IM BUND

Text & Foto von Markus Hümpfer

Der Mittwoch, 29. Januar 2025 wird in die parlamentarische Geschichte eingehen.

Um 12.00 Uhr gedenken wir gemeinsam im Bundestag den Opfern des Nationalsozialismus. Roman Schwarzman, ein jüdischer Zeitzeuge aus Odessa in der Ukraine hat in seinem hohen Alter den beschwerlichen Weg auf sich genommen. Er schildert eindrücklich sein Leben im Konzentrationslager. Dass er überlebt hat - Glück. Millionen Menschen wurden damals ermordet, weil sie Juden waren.

Nur eine Stunde später, um 14 Uhr beginnt die Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Am Ende der Regierungserklärung stellt die Union ihren 5 Punkte Migrationsplan zur Abstimmung. Ein Plan, der schlicht und ergreifend nicht umsetzbar ist. Zurückweisungen an der deutschen Grenze sind weder mit dem Grundgesetz noch mit dem EU-Recht vereinbar. Die Kontrolle unserer 3.800 Kilometer langen Grenze ist schlichtweg utopisch.

Alleine 5.000 Polizisten bräuchte es, um die Grenzübergänge zu Polen zu sichern, ohne die grüne Grenze, also die Wälder. Dazu haben wir weder die rechtlichen Kompetenzen noch die Kapazitäten bei Polizei und Grenzschutz. Die geforderte vollständige und dauerhafte Abschaffung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige ist nicht möglich.

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kann der Familiennachzug lediglich vorübergehend aber nie dauerhaft ausgeschlossen werden.

So hat auch schon das Bundesverfassungsgericht und das Bundesverwaltungsgericht geurteilt. CDU und CSU stellen also einen Antrag zur Abstimmung, von dem sie wissen, dass er nichts anderes ist als plumper Populismus, Augenwischerei, Wahlkampf.

Und sie gewinnen die Abstimmung.

Erstmals seit dem dritten Reich kommt eine Mehrheit mit einer in weiten Teilen als rechtsextrem eingestuften Partei zustande. Schockstarre. Bei allen. Auch bei den Kollegen der Union. Fassungslosigkeit. Applaus und Jubelschreie bei der AfD.

Keine zwei Stunden nach dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

In den Tagen danach melden sich viele berühmte Personen zu Wort. Auch die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel kritisiert das Vorgehen scharf.

Das jedoch hält CDU und CSU nicht davon ab, am Freitag ein umstrittenes Gesetz zur Abstimmung zu stellen. Das Zustrombegrenzungsgesetz. In den Stunden vor der Abstimmung versuchten CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Dazu wurde vorgeschlagen, den Gesetzentwurf in den Ausschuss zu überweisen und ihn als Paket gemeinsam mit im Bundesrat blockierten Gesetzen zu verhandeln. Letztlich scheiterte das Vorgehen daran, dass weder CDU/CSU noch FDP verbindlich zusichern wollten, dass sie den Gesetzentwurf nicht doch mit Stimmen der AfD beschließen würden

SPD IM BUND

Text & Foto von Markus Hümpfer

Das alles, obwohl vorher bereits klar war, dass es für das eigene Unionsgesetz im Bundesrat keine Mehrheit geben wird. Das haben zahlreiche CDU Ministerpräsidenten im Voraus verkündet.

Friedrich Merz ließ sich aber nicht von seinem Weg abbringen. Allen Warnungen zum trotz lehnte er erneut den Vorschlag, das Gesetz in den Ausschuss zu überweisen, ab. Mit der Konsequenz, dass er erneut auf eine Mehrheit mit der AfD setzte.

Dann die Abstimmung. Abgegebene Stimmen 693. Mit Ja stimmten 338 Abgeordnete. Mit nein stimmten 350 Abgeordnete. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt. Ich kann gar nicht dankbar genug sein, dass es sowohl innerhalb der FDP Fraktion als auch der Unionsfraktion Kollegen gab, die Rückgrat bewiesen haben. Die dem Kurs von Friedrich Merz und Christian Lindner nicht gefolgt sind. Die eine erneute Mehrheit mit der AfD verhindert haben.



Politik muss Lösungen bieten und das haben wir getan.

Mittlerweile haben wir das schärfste Asylrecht seit bestehen der Bundesrepublik. Im Januar kamen so wenige Menschen nach Deutschland wie vor 11 Jahren. Wir haben durch gezielte Grenzkontrollen Schleuserouten effektiv bekämpft. Die Zahl der Abschiebungen ist um 23 Prozent gestiegen. Wir arbeiten auf EU Ebene an der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), dass u.a. auch Asylverfahren an EU-Außengrenzen vorsieht.

Ich würde mir wünschen, dass wir zurückkehren zu Sachargumenten, dass wir Migration mit weniger Emotionalität betrachten und uns eingestehen, dass wir auf Zuwanderung angewiesen sind. Bis 2035 fehlen in Deutschland 7 Millionen Arbeitskräfte. Die Herausforderungen, die wir haben, liegen in der Integration der Menschen. Dafür braucht es Lösungen.

Eine Lösung ist aber ganz sicher nicht, mit Stimmen der AfD Mehrheiten außerhalb der demokratischen Mitte zu suchen. Die AfD löst keine Probleme, sie weidet sich an ihnen und vergiftet unser gesellschaftliches und nun auch politisches Miteinander!

Markus Hümpfer, Kandidat bei der Bundestagswahl 2025 für Schweinfurt

DEMOKRATIE IM AUSVERKAUF

Text von Dr. Maria Charlotte Wolf

Seit Jahrzehnten geistert das Schlagwort „amerikanische Verhältnisse“ durch die deutschen Lande, ursprünglich geprägt aus Angst vor der Überflutung unserer Kultur und Lebensweise durch Jeans, Coca Cola und Hippie-Lifestyle.

Seit dem 20. Januar 2025 haben nicht nur besorgte Traditionalisten ein nervöses Augenzucken, wenn die Rede auf die USA kommt. Kein Tag vergeht mit neuen Hiobsbotschaften über die Attacken Trumps und seines engsten Vertrauten, Milliardär Elon Musk, auf US-Verfassung und US-Demokratie. Amerikanische Verhältnisse 2.0, quasi.

Aber was interessiert uns das? Die USA sind doch weit weg. Ja, schon... Wenn da nur nicht die offen bekundete Faszination einiger deutscher Politiker für Musk und Co. wäre.

FDP-Chef Christian Lindner zum Beispiel meint, es stünde Deutschland gut an, mehr „Disruption à la Milei und Musk“ zu wagen. Was genau meint er damit? Dass er, wie Trump und Musk gerade exemplarisch in den USA vorführen, den Kahlschlag der Demokratie auch in Deutschland inszenieren möchte?

Und nebenbei flirtet jener Elon Musk, dessen Vater Errol Anteile an (auch illegal geführten) Smaragdminen in Südafrika zur Zeit des Apartheid-Regimes besaß und in denen sich schwarze Minenarbeiter zu Tode schufteten mussten (1), ganz offen mit der AfD. Zum Beispiel mit einem Gastauftritt auf dem Parteitag besagter, äh, Partei.

Vernetzung der Superreichen und der Antidemokraten über Staatsgrenzen und Kontinente hinweg.

Noch alarmierender ist, dass die gerade stattfindende Machtübernahme des Musk-Trump-Duos anmutet wie ein Echo der Machtergreifung der Nazis im Dritten Reich: mit Remigration, pardon, Deportation von undokumentierten Einwanderern in Drittstaaten, dem drastischen Umbau von sakrosankten US-Institutionen wie der CIA, oder dem eklatanten und massiven Datenschutzverstoß durch das neu gegründete DOGE (Department of Government Efficiency, deutsch: Abteilung für Regierungseffizienz) unter der Leitung Musks.

Und Propaganda nicht zu knapp. Destruktion als Disruption! Auf einmal scheinen die USA, wo Superreiche mit reaktionären Denkweisen und in einem alarmierenden Tempo das Land ausplündern und nach ihren Bedürfnissen umfunktionieren, nur noch einen Steinwurf weit entfernt, genauer gesagt bis zum 23. Februar.

Um zu verhindern, dass diese Variante amerikanischer Verhältnisse demnächst bei uns in Deutschland Fuß fasst, ist eine gute Prise deutscher Verhältnisse von Nöten, die den Einsatz aller demokratisch gesinnten Menschen erfordert. Mit (sozialer) Gerechtigkeit, mit Frieden und mit Solidarität. Mit der SPD.

(1) Mahdawi, Arwa (April 25, 2023). "What's that going up in flames? Why, it's Elon Musk's reputation". The Guardian.

DAS ANKERZENTRUM MUSS WEG

Text & Foto von Kathi Petersen

Die SPD-Fraktionen in Stadt und Landkreis Schweinfurt haben kürzlich in einer Pressemitteilung gefordert, dass das Ankerzentrum in den Conn Barracks möglichst bald geschlossen werden solle. Der Vertrag mit dem Freistaat Bayern dürfe nicht mehr verlängert werden. Statt einer Sammelunterkunft plädieren die Sozialdemokraten für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten. Dies wäre sowohl im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner von Geldersheim und Niederwerrn, als auch der Bewohnerinnen und Bewohner des Ankerzentrums.

Wenn Rechtsextreme und Populisten lautstark die Flüchtlinge als unser größtes Problem bezeichnen und am liebsten alle vertreiben würden, zeigen sie einmal mehr, dass sie keine Ahnung haben: weder von unserem Grundgesetz, noch von der Genfer Flüchtlingskonvention, noch vom europäischen Recht und auch nicht von Geschichte. Migration gab es immer schon und sie gehört zu den Menschenrechten.



Dieses Recht haben in den letzten Jahrhunderten viele Deutsche in Anspruch genommen. Nicht nur in der NS-Zeit, als Viele fliehen mussten, um der Verfolgung und Ermordung durch die Nazis zu entkommen. Von 1680 bis 1800 wanderten mehr als 700.000 Menschen aus dem deutschsprachigen Raum nach Ost-, Mittel- und Südeuropa aus. Zwischen 1816 und 1914 emigrierten sogar etwa 5,5 Millionen Deutsche in die USA, wo sie zeitweise die größte Eingewandertengruppe bildeten. Die Gründe, warum sie ihre Heimat verließen waren hauptsächlich Armut, fehlende Arbeitsplätze, aber auch politische Verfolgung (vor allem nach der gescheiterten Revolution von 1848). Die gleichen Gründe zwingen heute Menschen ihre Heimat zu verlassen. Hinzu kommt die Flucht vor Krieg und politischer Verfolgung.

So wie deutsche Auswanderer sich meist in ihrer neuen Heimat integriert und engagiert haben, tun dies auch die meisten Einwanderer bei uns. Unterstützen wir sie dabei, indem wir ihnen ermöglichen zu arbeiten, uns kennenzulernen und sich hier einzuleben und einzubringen.

Ankerzentren verhindern dies, darum müssen sie weg.

“Ankerzentren verhindern Integration.”

EIN ÄLTERER, ABER LEICHT BESOFFENER HERR

Text von Kurt Tucholsky

Jetrunken? Ja, det auch ... aber mit Maßen, immer mit Maßen. Es wah – ham Sie 'n Auhrenblick Sseit? – es handelt sich nämlich bessüchlich der Wahlen. Hips ... ick bin sossusahrn ein Opfer von unse Parteisserrissenheit. Wenn ick Sie 'n Sticksken bejleiten dürf ... stützen Sie Ihnen ruhig auf mir, denn jehn Sie sicherer!

Jestern morjen sach ick zu Elfriede, wat meine Jattin is, ick sahre: »Elfriede!« sahr ick, »heute is Sonntach, ick wer man bißken rumhörn, wat die Leite so wählen dhun, man muß sich auf den laufenden halten«, sahr ick – »es is eine patt ... patriotische Flicht!« sahr ick. Ick ha nämlich 'n selbständjen Jemieseladn. Jut. Sie packt ma 'n paar Stulln in, und ick ßottel los.

Denn bin ick bei die Katholschen jewesn. Da wollt ick erscht jahnich rin ... ick weefß nich, wie ick da rinjekomm bin. Da hat son fromma Mann am Einjang jestandn, der hatte sich vor lauter Fremmichkeit den Krahrn vakehrt rum umjebunden, der sacht zu mir: »Sind Sie katholischen Jlaubens?« sacht er. Ick sahre: »Nich, dass ick wüßte ... « – »Na«, sacht der, »wat wollen Sie denn hier?« – »Jott«, sahre ick, »ick will mir mal informieren«, sahre ick. »Diß is meine Flicht des Staatsbirjers.« Ick sahre: »Einmal, alle vier Jahre, da tun wa so, als ob wa täten ... diß is ein scheenet Jefiehl!« – »Na ja«, sacht der fromme Mann, »diß is ja alles jut und scheen ... aber wir brauchen Sie hier nich!« – »Nanu ... !« sahre ick, »sammeln Sie denn keene Stimm? Wörben Sie denn nich um die Stimm der Stimmberechtigten?« sahre ick. Da sacht er: »Wir sind bloß eine bescheidene katholische Minderheit«, sacht er.

»Und ob Sie wähl'n oder nich«, sacht er, »desderwejn wird Deutschland doch von uns rejiert. In Rom«, sacht er, »is et ja schwieriger ... aber in Deutschland ... « sacht er. Ick raus. Vier Molln hak uff den Schreck jetrunken.

Denn wak bei die Sozis. Na, also ick bin ja eijentlich, bei Licht besehn, ein alter, jiebter Sosjaldemokrat. Sehn Se mah, mein Vata war aktiva Untroffssier ... da liecht die Disseplin in de Familie. Ja. Ick rin in de Vasammlung. Lauta klassenbewußte Arbeita wahn da: Fräser un Maschinenschlosser un denn ooch der alte Schweißser, der Rudi Breitscheid. Der is so lang, der kann aus de Dachrinne saufn. Det hat er aba nich jetan – er hat eine Rede jehalten. Währenddem dass die Leute schliefen, sahr ick zu ein Pachteigenossn, ick sahre: »Jenosse«, sahre ick, »woso wählst du eijentlich SPD –?« Ick dachte, der Mann kippt mir vom Stuhl! »Donnerwetter«, sacht er, »nu wähl ick schon ssweiunsswanssich Jahre lang diese Pachtei«, sacht er, »aber warum det ick det dhue, det hak ma noch nie iebalecht! – Sieh mal«, sachte der, »ick bin in mein Bessirk ssweita Schriftfiehra, un uff unse Ssahlahmde is det imma so jemietlich; wir kenn nu schon die Kneipe, un det Bier is auch jut, un am erschten Mai, da machen wir denn 'n Ausfluch mit Kind und Kejel und den janzen Vaein ... und denn ahms is Fackelssuch ... es is alles so scheen einjeschaukelt«, sacht er. »Wat brauchst du Jrundsätze«, sacht er, »wenn dun Apparat hast!« Und da hat der Mann janz recht. Ick werde wahrscheinlich diese Pachtei wähl'n – es is so ein beruhjendes Jefiehl. Man tut wat for de Revolutzjon, aber man weefß janz genau: mit diese Pachtei kommt se nich.

TERMINE

- 22.02.2025: Letzter Infostand in diesem Bundestagswahlkampf am Marktplatz in Schweinfurt.
- 23.02.2025: 8:00 - 18:00 Uhr Besuch in einem Wahllokal Ihrer Wahl. Ab 19:30 Uhr Treffen im Wahlkreisbüro Schweinfurt, um die Ergebnisse gemeinsam zu verfolgen.
- 05.03.2025: Politischer Aschermittwoch der beiden SPD-Kreisverbände, um 18:30 Uhr im Naturfreundehaus Schweinfurt. Anmeldungen bitte an Max Dörflein, Tel. 0931 51812 oder per E-Mail geschaeftsstelle.unterfranken@spd.de
- 08.03.2025: Rosenverteilaktion am Rossmarkt in Schweinfurt um 11 Uhr
- Weitere interessante Veranstaltungen bieten an:
 - Campus der BayernSPD auf www.bayernspd.de/campus/seminarprogramm/
 - Akademie Frankenwarte auf: www.frankenwarte.de/veranstaltungen/index.html

Impressum:
SPD-Kreisverband Schweinfurt-Stadt
vertreten durch die Vorsitzende Marietta Eder
SPD-Büro Schweinfurt
Neutorstr. 16
97421 Schweinfurt
Tel. 0931 51812
E-Mail: Newsletter@spd-schweinfurt.de